

Einzelpreis 90 Mark.

In Pola ohne Zustellung monatlich 2000 Mk., mit Zustellung ins Haus wöchentlich 600 Mk., und monatlich 2400 Mk., durch die Post bezogen monatlich in Polen 2400 Mk.

Anzeigenpreise: Die 7-spaltige Nonpareilzeile 140 Mark. Zeilen die 4-spaltige Nonpareilzeile: 600 Mk. Eingangspreis im lokalen Teil 750 Mk. für die Kopfzeile; für das Ausland 50%. Aufschlag; für die erste Seite werden keine Anzeigen angenommen. — Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Lodz

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Erscheint mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage: täglich früh. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Betrikaner Straße 88, Tel. 6-86.

Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Eigene Vertretungen in: Alexandrow, Bialystok, Chełm, Kallisch, Kolo, Konstantynow, Lwów, Lublin, Radom, Rzeszów, Sosnowitz, Tomaszów, Tulejów, Włocławek, Żyrardów, Żywiec, Zamość, Zgierz usw.

Nr. 236

Samstag, den 7. Oktober 1922

5. Jahrgang.

Der Rechtsschutz der nationalen Minderheiten.

Als bei den Friedensschlüssen der Jahre 1919 bis 1920 die Entente auch das Recht der nationalen Minderheiten durch Aufnahme der bekannten Schutzbestimmungen in die Friedensverträge und ihre Nebenverträge zu regeln suchte, waren sich die Entente-Mächte wohl ziemlich klar darüber, daß diese den anderen Staaten zum größten Teil aufgewonnene Regelung des Minderheitenrechtes nur dann einigermaßen Aussicht auf praktische Verwirklichung haben konnte, wenn man gleichzeitig eine Anstalt schuf, welche seine Durchführung überwachte. Man glaubte damals, diesen Zweck durch Erreichen zu können, daß man die ziemlich gleichlautenden Minderheitenbestimmungen sämtlicher Verträge unter die Garantie des Völkerbundes stellte und den Rat des Völkerbundes ermächtigte, falls ihn ein Mitglied des Rates auf eine Verletzung des Minderheitenrechtes aufmerksam machte, die zur Beseitigung dieser Vertragsverletzung geeigneten und wirksamen Maßnahmen zu ergreifen. In einem solchen Streitfall kann aber außer dem sowohl der Staat, dessen Minderheitenpolitik als nicht mit den vom Völkerbund garantierten Vertragsbestimmungen übereinkommend angeklagt wird, als auch der Mitgliedsstaat des Völkerbundes, der sich der unterdrückten Minderheiten anzuwendet und sie vor dem Rat vertritt, eine Entscheidung der streitigen Rechts- oder Entschädigung durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof fordern, der dann in erster und letzter Instanz entscheidet.

Theoretisch betrachtet mag ja vielleicht diese Lösung der Garantiefrage des internationalen Minderheitenrechtes ganz gut erscheinen, in der Praxis zeigte sich jedoch bald, daß ein Rechtsschutz damit in Wirklichkeit nicht gegeben war. Denn welcher Staat von den Mitgliedern des Völkerbundes (damals außer England, Frankreich, Italien, Japan und Belgien, Griechenland, Brasilien und Spanien) hatte ein so großes Interesse an einer bestimmten Minderheit oder an dem Problem des Minderheitenrechtes als solchem, daß er es deswegen zu einer Streitigkeit mit einem anderen Staat hätte kommen lassen, vor allem noch zu einer Zeit, in der es internationalen Konfliktstoff in Güte und Güte gab? Es ist daher niemals von einem Mitgliedsstaat des Völkerbundes eine Verletzung des Minderheitenrechtes zum Gegenstand der Verhandlung im Rat gemacht worden.

In der Folgezeit ist dann in den Jahren 1920 und 1921 dieses ursprünglich festgesetzte Rechtsmittelverfahren durch Beschlüsse des Völkerbundesrates weiter ausgebaut worden.

Die hierdurch festgesetzte wichtigste Abänderung ist die, daß bei Einlauf von Klagen der Minderheiten nunmehr der Präsident des Völkerbundes verpflichtet ist, zusammen mit zwei Mitgliedern des Rates, die Beschwerden zu prüfen und auf Grund dieser Prüfung dann dem Rat eventuell die von ihm zu ergreifenden Maßnahmen vorzuschlagen. Daneben ist das Recht der Mitgliedsstaaten des Rates und des durch die Beschwerde angegriffenen Staates, die Streitfrage vor den Internationalen Gerichtshof zu ziehen, unverändert geblieben. Gewiß ist durch diese Abänderungen der Rechtsschutz unattraktiv für die Minderheiten verbessert worden, da ja nun auf jeden Fall ihre Beschwerden von einer Kommission geprüft werden müssen, während nach den ersten vertraglichen Bestimmungen es stets erst erforderlich war, daß sich ein Mitglied des Rates der Eingabe annahm, damit sie im Rat zur Verhandlung kam. Aber allzu große Erwartungen darf man auch jetzt noch nicht in das gesamte Rechtsschutzverfahren des Völkerbundes setzen.

Man darf eben nicht vergessen, daß der Völkerbundrat kein unabhängiges Gericht ist, sondern ein politisches Organ, und daß bei den von ihm zu fällenden Entscheidungen seine einzelnen Mitglieder mehr oder weniger sich stets nur von politischen Gesichtspunkten leiten lassen. So ist es denn kein Wunder, daß von den zahlreichen dem Völkerbund von den verschiedenen Minderheiten eingereichten Beschwerden — es sind bis jetzt schon annähernd 100 an der Zahl — bisher nur auf eine näher eingegangen ist, nämlich die Eingabe der deutschen Angehörigen in Polen. Alle übrigen Klageeingegeben sind stets nur zur Kenntnis und zu den Akten genommen worden.

Es hat sich aber auf der anderen Seite in der Zeit seit Abschluß der Minderheitenverträge auch, in fast allen Staaten kann man sagen, gezeigt, daß die vertragliche und gesetzliche Reg-

lung des Rechtes der nationalen Minderheiten, mag sie auch noch so gut im einzelnen durchdacht sein, den Minderheiten nichts nützt, solange den Minderheiten nicht das Recht der Appellation an die wirklich unparteiliche Instanz gegeben ist, die aber auch die Macht zur Durchführung ihrer Entscheidungen besitzt. Die Schaffung einer solchen wirksamen Rechtsgarantie für die Minderheiten ist also eine unbedingte Notwendigkeit, da sonst zu befürchten ist, daß allmählich das gesamte in den internationalen Verträgen festgelegte Minderheitenrecht mangels einer wahren Rechtssicherheit zur Farce herabsinkt, eine Entwicklung, die im Interesse der Vereinigung der Nationalitätenkämpfe auf jeden Fall verhindert werden muß. Es sind nun von den verschiedensten Seiten Vorschläge über die Ausgestaltung eines solchen

Schutzes gemacht worden; in einem Punkte stimmen aber alle diese Vorschläge meistens überein, nämlich in der Forderung, an Stelle der bisherigen Beschwerdeinstanz des Völkerbundes einen unparteilichen Gerichtshof zu setzen, so daß die Entscheidungen in allen Streitfragen des Minderheitenrechtes bei einem solchen Gerichtshof liegen, und daß dem Völkerbunde lediglich die Durchführung der Entscheidungen des Gerichtshofes verbleiben soll. Des weiteren wird auch fast von allen Seiten, welche sich mit der Durchsicht und Weiterleitung des Minderheitenrechtes befassen, gefordert, daß in irgendeiner Weise den Minderheiten die Möglichkeit und das Recht gegeben werden soll, in diesem Rechtsmittelverfahren selbst ihre Interessen wahrzunehmen, so daß sie nicht mehr allein auf die Vertretung durch

ein Mitglied des Völkerbundes angewiesen sind. So fordert z. B. der Präsident des Ungarischen Verwaltungsgerichtshofes, Herr Baron Blaskics, der sich gerade mit der Frage des gerichtlichen Schutzes der Minderheiten eingehend befaßt hat, daß bei dem Internationalen Ständigen Gerichtshof ein besonderer Senat für Minderheitenfragen errichtet werden soll, als das allein zutreffende Forum für die Entscheidung in allen Streitigkeiten wegen angeblicher Verletzung des unter Völkerbundsgarantie gestellten Minderheitenrechtes. Und zwar sollen auch die Minderheiten selber unmittelbar als prozeßfähige Partei erscheinen können, entweder vertreten durch die Hauptorgane ihrer Selbstverwaltung, falls die Minderheit in dem betreffenden Staat mit dem Rechte der Selbstverwaltung ausgestattet ist, oder falls sie keine Autonomie besitzt, durch ihre kirchliche, kulturelle oder wirtschaftliche Organisation. Voraussetzung für diese Anrufung des Internationalen Gerichtshofes soll natürlich sein, daß die Minderheiten vorher alle nach den Staatsgesetzen vorgegebenen Rechtsmittel, wie z. B. Anrufung der Verwaltungsgerichte, ohne Erfolg erschöpft haben.

Ganz in gleicher Richtung gehen auch die Vorschläge des Ausschusses für Minderheitenrecht in Berlin. Auch in diesem Kreise war man sehr bald zu der Erkenntnis gelangt, daß alle übrigen Forderungen in dem Probleme des Rechtes der nationalen Minderheiten (wie z. B. für Schule, Kirche, Pressefreiheit) relativ unbedeutend erscheinen gegenüber der einen Frage, wie die Innehaltung des gegebenen Minderheitenrechtes verbürgt werden kann. In dieser Erkenntnis stellte daher der Ausschuss auf dem Turiner Soziologenkongress im Oktober 1921 durch seinen Vertreter Tiedje folgende Anträge: *)

„Der Völkerbundsrat soll seine Mitgliedsstaaten anhalten:

1. Das Recht der Minderheiten in den Verfassungen und in Ausführungsbestimmungen durch Reichsgesetze innerstaatlich zu verankern;
2. einen Appellationsgerichtshof der Minderheiten als erste Instanz aus je drei Vertretern der Minderheit und des Staatsvolkes einzusetzen, die sich unter den höchsten Richtern des Landes gemeinsam ihren Obmann wählen; falls eine Einigung nicht erzielt wird, soll ihn der Schiedsgerichtshof des Völkerbundes einsetzen;
3. die Minderheit wählt sich einen Volksanwalt, dessen diskretionelles Ermessen es freigegeben ist, jede Beschwerde seiner Konnationalen vor den Appellationsgerichtshof zu bringen;
4. sowohl dem Vertreter des Staates als dem Volksanwalt der Minderheiten steht das Recht zu, gegen eine Entscheidung des Appellationsgerichtshofes an den Schiedsgerichtshof des Völkerbundes zu appellieren.

Also auch bei diesem Vorschlag wird die Einführung eines unparteilichen Gerichtsverfahrens an Stelle der bisherigen Überwachung durch den Rat des Völkerbundes gewünscht.

Dies ist das Ziel, dem bei der Weiterbildung des Rechtes der nationalen Minderheiten zuzustreben ist. Eine wertvolle Unterstützung haben diese Bestrebungen erst kürzlich durch die Beschlüsse der Union der Völkerbundlichen auf der Pfingsttagung in Prag (1922) erhalten, in denen gleichfalls Verbesserung des Beschwerdeverfahrens für die Minderheiten beim Völkerbunde gefordert wird, und zwar neben der Errichtung einer ständigen Kommission zur Prüfung von Beschwerden die Verpflichtung des Völkerbundesrates, stets ein Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes einzuholen, an das der Völkerbundsrat bei seiner endgültigen Entscheidung über die Beschwerden und die Durchführung des Minderheitenrechtes gehalten sein soll. Wenn auch die Prager Resolutionen nicht ganz so weitgehend sind wie die zuerst genannten Forderungen und Anträge, so haben sie doch mit diesen auf jeden Fall die gleiche Richtung. Man kann daher wohl mit einiger Berechtigung die Hoffnung aussprechen, daß durch das Zusammenwirken der verschiedensten Seiten schließlich doch die Reform der heute gültigen Rechtsgarantie für die nationalen Minderheiten in dem oben angegebenen Sinne erreicht werden wird. Dr. Franz Bordin, Berlin.

*) Dieser Antrag, der von der überwiegenden Zahl der Kongreßteilnehmer gebilligt wurde, wurde der Permanenten Kommission des Soziologenkongresses mit dem Auftrage überwiesen, ihn an den Völkerbund weiterzureichen.

Kritische Wendung in der Orientfrage.

London, 6. Oktober. (Pat.) In amtlichen Kreisen herrscht die Ansicht, daß trotz der versprochenen Form, in der die Depesche des Generals Harrington eingetroffen ist, man sich doch soweit daraus orientieren könne, daß die Lage ernst und verwickelt sei. Das militärische Abkommen, das in Mudania abgeschlossen werden sollte, kam nicht zu Stande. Die Türken brachten den Wunsch zum Ausdruck, daß in das Programm der Beratungen Punkte politischer Natur aufgenommen würden. Die Frage der militärischen Maßnahmen in der neutralen Zone sowie die Angelegenheit der Räumung Tschana's ist wahrscheinlich nicht besprochen worden. Es hat den Anschein, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen worden sind, da General Harrington die Absicht äußerte, nach Mudania zurückzukehren. Der Ministerrat soll wieder zusammentreten, sobald der vollständige Wortlaut der Depesche vorliegen wird.

London, 6. Oktober. (Pat.) Der Ministerrat setzte heute die Besprechungen in der Orientfrage fort. Personen, die den amtlichen Kreisen nahe stehen, erklären, daß die Lage sehr ernst sei. Lord Curzon reist um 2 Uhr nachmittags nach Paris ab, wo er mit Poincaré konferieren wird.

Bordaux, 6. Oktober. (A. B.) Der Optimismus, der bezüglich der Orientfrage noch gestern im französischen auswärtigen Amt herrschte, ist heute einer pessimistischen Stimmung gewichen. Anstatt einer Befestigung der Nachrichten über eine endgültige Verständigung in Mudania ist eine Meldung eingetroffen, welche die Propagendabelagen und Berichte des französischen Delegierten in Mudania lägen. Ebenso treffen auch aus englischen Quellen ungünstigen Nachrichten ein.

London, 6. Oktober. (Pat.) Der türkische Vorschlag, wonach die Friedenskonferenz am 20. Oktober in Smyrna anstatt in Venedig zusammentreten möchte, soll in den Londoner Kreisen keine günstige Aufnahme gefunden haben, und zwar infolge der zu weit entfernten Smyrna von den europäischen Hauptstädten sowie infolge des Fehlens entsprechender Verkehrseinrichtungen.

Wien, 6. Oktober. (A. B.) Die „Neue Freie Presse“ berichtet aus informierten Quellen, daß die Engländer die Durchsicht durch die Dardanellen auf die Dauer von 48 Stunden gesperrt hätten. Diese Maßnahme fließt auf keinerlei Protest sowohl von Seiten Frankreichs als Italiens.

London, 6. Oktober. (Pat.) „Times“ bemerkt, daß auf Grund von Informationen aus amtlichen Quellen die Nachricht, wonach die englische Regierung die Absicht haben soll, die englischen Truppen aus Tschana zurückzuführen.

London, 6. Oktober. (Pat.) Reuter meldet aus Konstantinopel: Gerüchten zufolge ist bei Randra in der neutralen Zone türkische Kavallerie aufgetaucht.

Paris, 6. Oktober. (Pat.) Der französische Oberkommissar meldet unter dem 5. d. M. aus Konstantinopel, daß die alliierten Generale in den Morgenstunden Ahmed Pascha den gemeinsam aus-

gearbeiteten Plan eines Abkommens überreicht haben, das in persönlicher Zone gehalten sei. In den Nachmittagsstunden unterbreitete Ahmed Pascha den Generalen zu einer Reihe von Punkten dieses Entwurfs Vorbehalte, recht kategorischen Charakters, die von den Verbündeten gegenwärtig geprüft werden. Es herrscht der allgemeine Wunsch, solche Ergebnisse zu erzielen, die es ermöglichen, die Interessen Thrakiens mit dem Minimum der unumgänglichen Garantien in Einklang zu bringen. Die griechischen Delegierten sind mit den alliierten Generalen in Fühlung getreten.

Konstantinopel, 6. Oktober. (Pat.) Gestern abend sind hier die Entente-Generale aus Mudania eingetroffen, um die Meinung der alliierten Oberkommissare in Konstantinopel einzuholen, worauf sie wieder nach Mudania zurückkehren werden.

Berlin, 6. Oktober. (Pat.) Das Wolffbüro meldet aus Konstantinopel, daß die ausländischen Journalisten in Konstantinopel dagegen Protest erhoben hätten, daß ihnen die Abreise nach Mudania nicht gestattet wurde. Aus Mudania wird gemeldet, daß General Harrington im Laufe der Verhandlungen, die sofort nach der Ankunft der türkischen Delegierten und der alliierten Generale begannen, Ahmed Pascha gebeten habe, über den Verlauf der Verhandlungen tieferes Stillstehen zu bewahren, da die Konferenz einen rein militärischen Charakter trage.

Polen und der Vatikan.

Wie die „Gazeta Warsz.“ mitteilt, ist der Abschluß eines Konkordats zwischen dem heiligen Stuhl und Polen soweit gefördert, daß in nächster Zeit besondere Verhandlungen hierüber aufgenommen werden sollen.

Die Bankierkonferenz in New-York.

Paris, 6. Oktober. Nach New-Yorker Meldungen erklärte Bankier Hagb, daß die teilweise Streichung der Schulden der Alliierten dazu beitragen würde, der Welt das Gleichgewicht wie vor dem Kriege zu geben; vorausgesetzt, daß als Entgelt für diesen Schuldenerlass bindende Abmachungen über die Ordnung des Budgets, die Einstellung der Inflation und die übertriebenen Ausgaben in den Schuldnerländern getroffen würden.

Bankier Lamont stellte fest, daß Deutschland auch nicht annehme, die im Vertrag von Versailles festgesetzten geraden wahren Summen zahlen könne. Der Redner meinte, der Kongress in Washington möge die Kriegsschulden, die nicht eintreibbar sind, feststellen und dann ihre Streichung beantragen.

Der amerikanische Senator Caraway, der kürzlich aus Europa zurückkehrte, erklärte dem Washingtoner Vertreter des „New-York World“, Frankreich bestehe darauf, das einzutreiben, was ihm nach dem Versailler Vertrag zukomme, es sei aber nicht willens, seine internationalen Schulden zu bezahlen. Es würde in Amerika nicht verstanden werden, wenn die Vereinigten Staaten Europa unterstützen und dabei zuließen, daß Europa Geld verschwende, um Tausende von Soldaten unter Waffen zu halten.

Am 5. November stimmt in ganz Polen für die Liste 16!

CASINO In Kürze Dr. MABUZE.

4599

Ministerkonferenz in Reval.

Reval, 6. Oktober. (Pat.) Auf der Durchreise nach Reval trifft heute der polnische Außenminister Narutowicz hier ein. Am Sonnabend nachmittags setzt er seine Reise nach Reval fort.

Reval, 6. Oktober. (Pat.) Von Seiten Lettlands begeben sich zur Konferenz nach Reval der Ministerpräsident Meksers, der Leiter des Departements des Außenministeriums Schumann und Oberst Ramats.

Die Hilfeleistung an Oesterreich.

Um dem Anschluß Oesterreichs an Deutschland vorzubeugen.

Genf, 5. Oktober. (Pat.) Der Vertrag bezüglich der Hilfe für Oesterreich, der am 4. Oktober von den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei und Oesterreichs unterzeichnet wurde, zerfällt in 3 Teile, die besondere Konventionen bilden. Der erste Teil enthält politische Garantien und die beiden folgenden Bestimmungen finanzieller und wirtschaftlicher Natur. Die wichtigsten Punkte der ersten Konvention sind folgende:

Die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei erklären zunächst feierlich, daß sie die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unantastbarkeit und Souveränität Oesterreichs wahren werden. Ferner, daß sie die Erreichung wirtschaftlicher und finanzieller Vorteile nicht anstreben werden, die die Unabhängigkeit Oesterreichs direkt oder indirekt verletzen könnten, und schließlich, daß sie sich jeder Tätigkeit, die dem Streben nach einem wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Oesterreichs zuwiderläuft, enthalten wollen.

Die Regierung der österreichischen Republik verpflichtet sich demgemäß Art. 88 des Vertrages von St. Germain, auf die Unabhängigkeit Oesterreichs nicht zu verzichten und sich jeder Tätigkeit zu enthalten, die die Unabhängigkeit Oesterreichs bedrohen könnte. Dabei wird es Oesterreich freigestellt, im Rahmen des Vertrages von St. Germain, Zoll, Handels- und Finanzverträge zu schließen.

Art. 2. Die österreichische Regierung darf staatliche Obligationen bis zur Höhe von 650 Mill. Goldkronen herausgeben. Jeder der genannten Staaten kann einen Vertreter in die Kommission, die die Bedingungen der Anleihe und die Art ihrer Verwendung kontrolliert, entsenden.

Protokoll 3, Art. 2. Im Laufe eines Monats ist ein Programm über die Sanierung und Reform der Wirtschaft auszuarbeiten, das im Laufe von zwei Jahren das Budget Oesterreichs zu einem dauernden Gleichgewicht führen soll. Das Programm soll Oesterreich die Hebung der Einnahmen und Einschränkung der Ausgaben ermöglichen.

Art. 4. Der vom Völkerbund ernannte Generalkommissar wird die Durchführung der Reformen und die Kontrolle bei der Ausführung dieses Programms überwachen. Der Kommissar wird dem Völkerbundrat monatlich über den Fortschritt der Reformen und die erreichten Ergebnisse Bericht erstatten.

Deutschlands Leistungen gemäß dem Versailler Diktat.

Paris, 6. Oktober. (U. U.) Die Reparationskommission begann mit der Herausgabe von halbjährlich erscheinenden Festen, die in französischer und englischer Sprache Dokumente und Statistiken enthalten werden. Die hauptsächlichsten Kapitel der ersten Feste behandeln die Naturalleistungen nach dem Waffenstillstandsabkommen, die Darlehen und die Reparationsleistungen. Ein Mitarbeiter des „Intelligence“ entnimmt aus dem Kapitel der Reparationsleistungen folgende Ziffern: Bis zum 30. April 1921 betragen die Ausgaben für die Reparationsleistungen 2132 Millionen Goldmark für die Alliierten und 1011 Millionen für die Vereinigten Staaten, was nach dem letzten Kursstand auf den Monat 314 Millionen Franken oder pro Tag mehr als 10 Millionen Franken ausmacht. Der französische Journalist ist ehrlich genug, sein Entsetzen darüber auszudrücken, und er fügt zur Entschuldigungsveranlassung der Reparationskommission nur hinzu, daß dieser nicht die Kontrolle der Ausgaben, sondern nur die Durchführung zustehe.

Die Präsidentenfrage in Deutschland.

Berlin, 5. Oktober. (U. U.) Die Wahl des neuen Reichspräsidenten wird entweder am 3. oder 10. Dezember stattfinden. Die endgültige Entscheidung über den Termin soll in den nächsten Tagen getroffen werden. Die Frage der Kandidatur ist noch nicht entschieden. Die Rechte erwägt den Plan, es dahin zu bringen, daß sich alle nichtsozialistischen Parteien auf einen Kompromisskandidaten einigen. Die Stineschlagänger sind grundsätzlich gegen die Kandidatur Eberls und wollen einen eigenen Kandidaten aufstellen, falls es zu seiner Einigung kommen sollte. Bisher hat

keine Partei einen Antrag um Verlängerung der Präsidentschaft eingebracht.

Amerika dementiert.

London, 6. Oktober. (Pat.) Die Reuters meldet, daß der Vizepräsident der Vereinigten Staaten in London die Nachricht dementiert, wonach er erklärt haben soll, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines englisch-türkischen Krieges auf der Seite Englands stehen würden.

Lokales.

Lodz, den 7. Oktober 1922.

Die deutsche Vorwahlbewegung.

Das Generalsekretariat des Deutschen Zentralwahlkomitees schreibt uns:

Das gemischte Bezirkswahlkomitee des Minderheitenblocks für den Wahlkreis Lodz-Stadt hat Herrn Wilhelm Rudolf Jandrych zum Bevollmächtigten der Senatskandidatenliste für die Woiwodschaft Lodz und Herrn Moses Hellmann zu dessen Stellvertreter ernannt. Bevollmächtigter für die Sejmikandidatenliste der Stadt Lodz ist Herr Moses Hellmann, sein Stellvertreter Herr Wilhelm Rudolf Jandrych. Das gemischte Bezirkswahlkomitee des Wahlkreises Lodz-Land ernannte Herrn Ing. Alexander Ruff zum Bevollmächtigten und Herrn Alexander Bengisch zu dessen Stellvertreter. Die Herren Wilhelm Rudolf Jandrych, Alexander Bengisch und Moses Hellmann reichten ihre Kandidatenlisten gestern um 10 Uhr vormittags den entsprechenden Bezirkswahlkommissionen ein und gaben eine Erklärung ab, daß sie die Bezirkslisten an die Staatsliste des Minderheitenblocks Nr. 16 anschließen. Die eingereichten Listen enthalten folgende Namen:

Sejmikandidaten der Stadt Lodz:

1. Dr. Georg Rosenblatt, Arzt.
2. Artur Kronig, Redakteur.
3. Usher Israel Menbesson, Sejmikgeordneter.
4. Schulin Walter, Industrieller.
5. Adolf Steigert, Industrieller.
6. Abram Lewinson, Journalist.
7. Ludwig Rul, Druckereileiter.
8. Gerson Braszler, Ingenieur.
9. Emil Timm, Kaufmann.
10. Salo Freilich, Kaufmann.
11. Oskar Seidler, Weber.
12. Ludwig Weiss, Angestellter.
13. Emil Kuniger, Lehrer.
14. Jakob Rosenberg, Kaufmann.

Sejmikandidaten des Wahlkreises Lodz-Land.

1. August Uita, Lehrer, Lodz.
2. Michael Rejschellmann, Kaufmann, Lodz.
3. Arthur Berndt, Hausbesitzer, Gierzy.
4. Dr. Josef Schwarzwasser, Arzt, Pabianice.
5. Rudolf Drems, Lehrer, Pabianice.
6. Jessor Sirkis, Industrieller, Gierzy.
7. Gustav Stamm, Webermeister, Konstantynow.
8. Szyja Jarnowski, Kaufmann, Alexandrow.
9. Emil Prochowski, Buchhalter, Alexandrow.
10. Zacharias Reichbart, Kaufmann, Lasz.
11. Gustav Schendel, Landwirt, Babicz.
12. Jessor Oppenheim, Kaufmann, Sieradz.

Senatskandidaten der Woiwodschaft Lodz.

1. Karl Städt, Industrieller, Lodz.
2. Marius Braude, Rabbiner, Lodz.
3. Dr. Edward v. Behrens, Verlagsdirektor, Lodz.
4. Aron Schlama Königsberg, Stadtoverordneter, Lodz.
5. Ludwig Wolff, Oberlehrer, Lodz.
6. Siegmund Bromberg, Gymnasialdirektor, Lodz.
7. Alexis Dreming, Redakteur, Lodz.
8. Adolf Jula, Kaufmann, Lodz.
9. Josef Spidemann, Sejmikgeordneter, Lodz.
10. Jakob Steinmann, Kaufmann, Tomaszow.
11. Ferdinand Swatel, Industrieller, Gierzy.
12. Moritz Karachem, Angestellter, Lodz.
13. Adolf Steigert, Industrieller, Lodz.
14. Sucher Schwarz, Hausbesitzer, Gierzy.
15. Dr. Alex Krusche, Industrieller, Pabianice.
16. Wolf Silberstein, Kaufmann, Lodz.

Heute um 7 Uhr abends findet in der Andrzejakowa 17 eine deutsche Arbeiter-Vorwahlversammlung statt. Die Sejmikandidaten der Deutschen Arbeiterpartei wollen dabei über die politische Lage des Staates und über die politischen Bestrebungen der deutschen Arbeiterklasse sprechen. Nach den Referaten folgt eine freie Aussprache. Eine zweite Arbeiter-Vorwahlversammlung findet morgen um 10 Uhr vormittags im Feuerwehrsaal in der Rapierkowskiego 64 statt. Alle deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen werden aufgefordert, zahlreich an diesen Versammlungen teilzunehmen.

Am Sonntag, den 8. Oktober, finden zwei Wahlversammlungen in Radogoszcz und Zabieniec statt. Auf Wunsch der dortigen deut-

schen Bevölkerung wird Herr Stadtoverordneter August Uita an diesen Versammlungen teilnehmen.

Am Montag, den 9. Oktober um 6 Uhr abends findet in Alexandrow eine große deutsch-jüdische Vorwahlversammlung statt. Aus Lodz werden die Herren August Uita, Artur Kronig, Dr. Rosenblatt und Moses Hellmann an dieser Versammlung teilnehmen.

Der 14. Wahlbezirkskommission wurden nachstehende Kandidaten-Listen eingereicht: Die Senatsliste des Christlichen Verbandes der nationalen Einheit (Chrześcijański Związek Jedności Narodowej). Sie enthält die Namen: Ks. Jan Albrecht, Stanisław Lipowski, Stanisław Karpiński u. a. Auf der Sozialistischen Liste stehen die Namen: Notar Rotaszi, Józ. Henryk Byski, Dr. Rab u. a. Die von den Sozialisten, vom jüdischen Arbeiterverband und vom (kommunistischen) Verband des Proletariats der Städte und Dörfer eingereichten Listen wurden zurückgegeben, weil sie Ungeheuerlichkeiten enthielten. (bip.)

Mit 200 000 Mark wurden nachstehende Kommissionsmitglieder beauftragt, weil sie sich der Arbeit in den Stimmbezirkskommissionen entziehen: Aron Bangleben, Poludniowa 9, Borys Frischmann, Elzazar Braun, Heronim Schönwald, Franciszek Serkowski, Tomasz Dombrowski, Melchizedek Breh, Benjamin Nessel und Aron Galskain; mit 150 000 Mark Edward Braun; mit 100 000 Mark Edward Siegmund. (bip.)

Neue Lohnbewegung in der Lodzer Textilindustrie. Der Verband „Praca“ wandte sich an den Verband der Textilindustriellen mit der Forderung, die gegenwärtigen Löhne um 40 Proz. zu erhöhen. Die Frist zur Beantwortung der Forderung läuft am 12. Oktober ab. Gleichzeitig wurde eine Regelung der Löhne in den Appreturen sowie anderen Abteilungen gefordert. (lat.)

Neue Erhöhungen der Post- und Telefonabtarife. Die mehrere polnische Blätter ausfindigenden wissen, besteht die Absicht, die Postgebühren ab 1. November um 100 Prozent zu erhöhen, also zu verdoppeln. Bekanntlich liegt die letzte Erhöhung — ebenfalls hundertprozentig — erst vier Wochen zurück. — Ganz andere Nachrichten kommen aus Schweden. Dort sind am Montag die herabgesetzten Tarife für Post und Telefon in Kraft getreten. Die Tarifermäßigungen betragen 20—25 Prozent. — Glückliches Schweden!

Die Erträge der Danina betragen bis zum 1. August in Kongresspolen 31 1/2 Millionen, in den östlichen Randgebieten 3 Millionen 678 Millionen, in Kleinpolen 15 Millionen 833 Millionen, in Großpolen und Pommerellen 13 Millionen 883 Millionen, zusammen 64 Millionen 604 Millionen Mark.

In Lodz wurden bis zum 1. Oktober 2,111,012,845 M. Danina eingezahlt. (bip.)

Ein Sanitätsabkommen zwischen Polen und der Tschechoslowakei wurde im Außenministerium unterzeichnet. Dazu wurde ein Anhang angenommen, der die gegenseitige Zulassung von Ärzten zur Praxis vorsieht.

Vom Kreditverein. In einer der letzten Sitzungen der Verwaltung des Kreditvereins wurde der Beschluß gefaßt, größere Kredite zu erteilen, u. zw. im Verhältnis von 150 M. zu 1 Rubel. Außerdem hat die Landesdarlehenskasse des Kreditvereins gegen Hinterlegung von Kreditbriefen Darlehen im Verhältnis von 75 Prozent des Kurses zu erteilen. Diese Angelegenheit soll endgültig auf einer der nächsten Mitgliederversammlungen erledigt werden. (bip.)

Nadomsko — nicht Nowo-Nadomsk. Auf Antrag der Lodzer Woiwodschaft wurde der Name der Stadt Nowo-Nadomsk vom Innenministerium in Nadomsko umgeändert. (bip.)

Zum Bau einer neuen Gasanstalt. Am Mittwoch fand im Magistrat die erste Sitzung des Organisationskomitees der Gasanstalt statt. Dem Komitee gehören an: Stadtpräsident Rymski, Dr. Stupnicki, Schöffe Badyan, Ing. Klocmann, Ing. Nellenbaum, Rechtsanwalt Belajowski, Ing. Verliner, Oberst Carel, General Aptowski, Direktor Swierczewski, Braunklein, Dapalski sowie Osberger. Dr. Stupnicki, der die Sitzung leitete, wies darauf hin, daß die Gasanstalt von einer von der Stadt konzipierten Aktiengesellschaft gebaut werden müsse. In dem abzuschließenden Vertrag müssen festgelegt werden: der Anteil der Stadt am Aktienkapital, der Anteil der Stadt am Gewinn, die Bedingungen der Übernahme des Unternehmens durch die Stadt, die Konzeptionsdauer sowie die Grundzüge der Gewinnverteilung. Was die Größe der Gasanstalt anbelangt, so hängt dies zum großen Teil von der Kapitalbeteiligung der französischen Gruppe Mirabeau ab. Oberst Carel stimmte den Ausführungen Dr. Stupnickis bei und wies darauf hin, daß die Beteiligung der Vertreter der Kapitalisten an den Vorarbeiten erwünscht sei, da sie auch von der technischen Seite des Unternehmens unterrichtet sein müssen. Der Direktor des Ver-

Heute Großer Konzert-Raul im Saal der Philharmonie, Dzielnastr. 20.



Szustowa
Żądajcie wszędzie!

Verkauf von
Brenn-Spiritus
ohne Erlaubnis 4597
Handelshaus
Stanisław Bieliński & Co.
Karola 8, Teleph. 296.

POKOST czysto Infany —
wyprób. dobroci
również i do kitu
— poleca — 4605
Fabryka pokostów i przetworów
chemicznych
„SFINKS“, Łódź,
— ul. Kilinskiego Nr. 70. —

bandes polnischer Gasanstalten, Herr Swierczewski, erklärte als Vertreter des polnischen Kapitals seine Teilnahme an der Finanzierung des Unternehmens. Das Unternehmen wird demnach von der Gruppe Mirabeau, vom Verbande polnischer Gasanstalten sowie vom Gas Syndikat finanziert werden. (bip.)

Im Silbertranz. Heute begeht Herr Julius Granewald, Angestellter der Akt.-Ges. Julius Kundermann, mit seiner Gemahlin Julia, geb. Bernhardt, das Fest der silbernen Hochzeit. Glück auf dem Jubelpaare!

Wohltätigkeitsabend. Das mehrfach von uns angekündigte große Konzert zugunsten des russischen St. Olga Waisenheimes findet heute abend im Saale der Philharmonie statt. Das Konzert, an dem ein Balalaika-Orchester sowie der gemischte russische Chor teilnehmen wird, wird vom Lang bejubelten. Das Balalaika-Orchester sowie der Chor, die vielen unseren Besuchern bekannt sind, werden auch diesmal mit guten Darbietungen aufwarten, so daß ein Besuch der Veranstaltung nur zu empfehlen ist, umso mehr, da es sich um einen wohlthätigen Zweck handelt.

Ein Rechenkünstler. Am 9. Oktober wird im „Scala-Theater“ der bekannte jugendliche Rechenmeister S. Krieger auftreten. Herr Krieger, der von vielen als ein Phänomen angesehen wird, wird wie bei seinem letzten Auftreten in Lodz auch diesmal eine Reihe von verblüffenden Rechenkunststücken zum besten geben. Das Wunderkinder aus mehrfachen Zahlen sowie die Beantwortung von drei zugleich gestellten Fragen aus dem Bereiche der Mathematik sind für ihn nichts Außergewöhnliches.

Be-schüttet. Der in der Porobwistkastr. 14 beim Auswerfen einer Grube beschäftigte Arbeiter Stanisław Szcypkowski wurde durch nachgebende Sandmassen vergraben. Der Verunglückte wurde in einem Wagen der Rettungsberufsgesellschaft nach dem Pohnanischen Spital gebracht. (bip.)

Liebevolle Spiegatten. Die in der Franciszkanskastr. 30 wohnhafte Szejwa Gelbard meldete der Polizei, daß ihr Mann sie unter Mithnahme von 800 Dollar in bar und eines Schecks auf 400 Dollar verlassen habe. — Eine gewisse Sala Salwein, wohnhaft in der Kamiennastr. 2, meldete der Polizei, daß ihr Mann während ihrer Abwesenheit ihre Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von 2 Millionen Ml verkauft habe. (bip.)

Weserfischer. In der Stewoskastr. 18 kam es zwischen Josef Wojcik und Franciszek Jazarski in eine Schlägerei, wobei der letzte einige Messerstiche erhielt. Jazarski wurde in bedenklichem Zustande nach dem Pohnanischen Spital gebracht. Wojcik wurde verhaftet. — Piotr Stawowski und Stanisław Maciejewski, Ogrodowastr. 24, wurden auf die Polizeiwache gebracht, weil sie auf der Straße miteinander Streit angingen. Bei beiden wurden Messer gefunden. (bip.)



Schmerzerfüllt teilen wir hierdurch allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß uns unsere innigstgeliebte unvergeßliche

Irene Dorothea Kroening

im blühenden Alter von 23 Jahren nach kurzem schweren Leiden am Freitag, den 6. Oktober, um 9 Uhr morgens, durch den unerbittlichen Tod entzissen wurde.

Die Bestattung der irdischen Hülle unserer teuren Verbliebenen findet am Montag, den 9. Oktober, um 3 Uhr nachmittags, von der Leichenhalle des alten evangelischen Friedhofes aus statt.

In tiefster Trauer
die Familie.

4598

Gestern nachmittags 6 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager mein innigstgeliebter Gatte, unser treusorgender Vater

Hermann Kalisch

im Alter von 50 Jahren. Die Beerdigung findet Sonntag, den 8. Oktober um 2 Uhr nachmittags, vom Trauerhause Rzgowska 35 aus, auf dem neuen evangelischen Friedhof in Rokicie statt.

4592

Die trauernden Hinterbliebenen.

Agentur und Handelshaus Gustaw Burakowski,

Benthen D.C.

— Virchowstraße Nr. 12 —
Liefert ab Lager sämtliche Farben für die graphische
Druckindustrie:

Illustrationsfarben,
Autochromschwarz, 4514
Mattschwarz,
Akzidenzfarben,
Werkdruckfarben,
Werkfarben für Schnell- u.
Handpresse
Lichtdruckschwarz,
— sowie sämtliche bunten Farben. —

Dr. med. Roschaner

Haut-, Geschlechts-
und Harnleiden.
Dzielnia-Strasse Nr. 9.
Empfängt von 9—11 u. 4—8
Frauen von 2—3 Uhr. 4168

Dr. med. 4090

Edmund Eckert
Haut-, Harn- u. Geschlechtskrankh.
Sprechst. v. 8—8 Uhr nachm.
Kilinska-Strasse Nr. 127,
das dritte Haus von der Glowna.

Dr. med. Braun

Spezialarzt für
Haut-, venerische- und
Harnorganerkrankheiten
Poludniowastr. 23.
Empfängt von 10—1 u. 5—8
Damen von 4—5 4519

Künstler- KA--KA--DU Kabarett

Welker-Saal. — Hotel Manteuffel. Täglich.

Großes Eröffnungs-Programm. — 14 Solonummern. DANCING

von 11 ab bis 5 früh. — Kasse für Vorverkauf von 4—6.
Alle Tische sind numeriert. 4560

Webmeister u. Dessinateur

mit Web Schulbildung, gestützt auf langjährige Erfahrung,
in ungeländigter Stellung, wünscht sich zu verändern.
Off. unter „W.“ an die Geschäftsst. d. Bl. 4583

Junger tüchtiger
Dessinateur-Wollmanipulant,
ehem. Abf. einer Textilschule mit mehrjähriger Praxis, die
Behandlung von Streichgarnen und Rammingarnen beides be-
herrschend, sucht Stellung zu verändern. Zuschriften erbeten
unter „A. R. 18“ an die Geschäftsst. d. Bl. 4590

Schlossiermeister

mit guten Empfehlungen wird gesucht. Appretur- und
Reberel von Adolf Schmidt vorm. Ende & Co.,
Sierna Straße 1. 4590

Für Bedienung einer Lokomotive, sowie für kleine Schlosser-
arbeiten wird ein gut empfohlener

Maschinist gesucht.

Fabrikwohnung vorhanden. Vorstellung Lipowastraße 15/17,
im Kontor. 4591

Kautionsfähige Austräger(innen)

werden gesucht in der Geschäftsstelle bis. Bl. 4594

Tanzschule von W. Lipinski

Petrikauer 108,

im Lokale der Handelsangestellten.
Anmeldungen werden von 12—2
u. von 7—9 Uhr abends
(außer Feiertagen)
angenommen. 4571

Wygoda, Petrikauer Straße 238.

empfiehlt auf Raten- u. Barzahlung
Damen-, Herren- und Kinderkonfektion, Wäsche Manufaktur,
Schuh- und Galanteriewaren in großer Auswahl.
Bemerkung: Jegliche Bestellung wird in eigener Werkstatt
binnen 4 Tagen erledigt. 4348

Mode-Salons

decken am günstigsten Ihren
Bedarf in Seidenstoffen,
Samten u. allen Zubehören

bei 4559

Friedberg, Koc u. Benno Brettner

Bodz, Petrikauer Str. 90, Telefon 8-26.

!!! Große Auswahl!!!

ODEON

Heute Premiere!

Neuestes Bild der bekannten Filmwerke Jermoljew in Moskau unter dem Titel:

„Der Fluch der Millionen“

Drama aus dem Leben in 6 Akten. — —

In den Hauptrollen:

Rimsky, Panow Walewska.

Beginn der Vorstellungen um 3 Uhr nachmittags.

4598